

WAHLPRÜFSTEINE DES BÜNDNIS BÜRGERENERGIE

Analyse der Antworten der befragten Parteien

Berlin, den 19.09.2017

Mit einer „Mauer des Schweigens und der Verdrängung“ wird das Thema Klimaschutz umgeben, stellt Prof. Schellnhuber, Leiter des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung und Mit-Initiator des [Generationen-Manifests](#) zutreffend fest. Für das Bündnis Bürgerenergie ist der Aufbau einer völlig neuen Art der Erzeugung und des Umgangs mit Energie jedoch ein entscheidendes Zukunftsthema. Mit unseren Wahlprüfsteinen versuchen wir das Schweigen der Parteien zum Klimaschutz zu brechen. Und wenn man die Antworten der Parteien zu den Wahlprüfsteinen des Bündnis Bürgerenergie liest, so kann der Gesamteindruck entstehen, wir befinden uns fast im Endspurt zur Realisierung der dezentralen, zellularen Versorgung mit 100% erneuerbaren Energien. Alle bemühen sich, uns Antworten zu liefern, die uns Freude machen. Die darin enthaltenen Kröten werden so verpackt, dass sie möglichst wenig auffallen. Offensichtlich betrachtet man uns (zu Recht) als Akteursgruppe, die groß und einflussreich genug ist, dass sie nicht verprellt werden sollte.

Dabei hat die Bundesregierung leider erfolgreich daran gearbeitet, die Erfolgsgeschichte der Energiewende mehr und mehr kalt zu stellen. Sie verfolgt auf vollkommen verantwortungslose Weise die Ziele, die alten, zentralen Strukturen der Energieversorgung in die neue Zeit hinüberzuretten, die selbstbestimmten Handlungsoptionen von Bürgerinnen und Bürgern zur Förderung der Energiewende zu minimieren und die Laufzeiten der Kohlekraftwerke für den längstmöglichen Zeitraum zu sichern. Dass diese Entwicklung sich zu verschärfen droht, zeigen jüngste Beispiele: So hat die neu gewählte schwarz-gelbe Landesregierung in NRW (anders als Schwarz-Grün-Gelb in Schleswig-Holstein) den Ausbau von Windenergieanlagen durch ein neues Abstandsgebot auf ca. ein Zehntel des bisherigen Flächenpotentials reduziert. Die rot-rote Landesregierung Brandenburgs hat angekündigt, ihre Klimaschutzziele mit Rücksicht auf ihren Braunkohle Tagebau in der Lausitz zu senken. Und die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg will auch nach 2030 am Diesel- und Benzinantrieb festhalten.

Im Folgenden stellen wir in zusammenfassenden Worten die Positionen der Parteien zur Bürgerenergie vor. Die Antworten in Gänze finden Sie [hier](#). Die Antworten auf die allgemeinen energiepolitischen Wahlprüfsteine, die wir mit vielen anderen Organisationen gemeinsam erstellt haben, finden Sie [hier](#).

Die Grünen vermitteln den Eindruck, dass ihr die Dezentralität der Energiewende am Herzen liegt: „Millionen Bürgerinnen und Bürger, die ihr Dach oder ihren Keller zum Kraftwerk machen oder sich an Energiegenossenschaften beteiligen, treiben die Energiewende und den dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien voran.“ Sie fordern die Abschaffung der EEG-Umlage auf Mieterstrom ebenso wie auf den Eigenverbrauch von selbst erzeugtem Grünstrom. Was den Ausbau von Höchstspannungsnetzen angeht, zeigen sie sich jedoch etwas unentschieden: „Grundsätzlich wollen wir [...] dezentrale Strukturen in der Stromversorgung weiterhin stärken. Wir gehen davon aus, dass auch in einem solchen System leistungsfähige Übertragungsnetze den Stromtransport über große Entfernungen sichern müssen.“

Dass der Linken die Vorstellung eines zellularen, wabenförmigen Energiesystems neu, aber nicht fremd ist, kommt - wahrscheinlich unbeabsichtigt - in ihrer Ausdrucksweise zum Vorschein, wenn sie die dezentrale Bürgerenergie zum „zentralen Akteur der Energiewende“ (Hervorhebung durch die Redaktion) erklärt. Sie führt fort: „Dabei ist uns klar, dass auch größere Investoren eine Rolle in der Energiewende spielen und spielen werden, etwa im Offshorebereich, bei größeren Windparks an Land oder beim Netzausbau. Das ist auch nicht verwerflich, solange im Grundsatz der

Bündnis Bürgerenergie (BBEn)
e.V.

Marienstr. 19/20
10117 Berlin

Telefon 030. 30 88 17 89
Fax 030. 84 71 27 36

info@buendnis-
buengerenergie.de

[www.buendnis-
buengerenergie.de](http://www.buendnis-buengerenergie.de)

bürgerschaftliche Charakter der Energiewende nicht verloren geht.“ Die Linke zeigt sich offen und lernbereit, wenn sie erklärt: „Der Diskussionsprozess zu diesem Thema ist bundesweit gerade erst in die Gänge gekommen (siehe auch Agora-Papier „Energiewende und Dezentralität“). Wir werden uns daran intensiv beteiligen und keine voreiligen Schlüsse ziehen.“

Die SPD schreibt: „Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger, Genossenschaften und Kommunen haben sich als erfolgreicher Motor der Energiewende erwiesen.“ Sie relativiert jedoch sogleich: „Gleichzeitig sind für große Investitionsvorhaben wie Offshore-Windparks und Innovationen in Anlagen und Stromnetze das Knowhow und die Investitionskraft großer Energieunternehmen unabdingbar.“ Punkten will sie mit dem Mieterstrom: „Wir wollen Mieterstrommodelle ausbauen und die Energieerzeugung auch in die Städte tragen. So können sehr viel mehr Menschen an der Energiewende partizipieren als bisher.“ Das bereits verabschiedete Mieterstromgesetz der Großen Koalition bleibt jedoch weit hinter der Position des Bündnis Bürgerenergie, dass Mieterstrom von der EEG-Umlage befreit sein muss, zurück.

Auch die CDU/CSU beantwortet die Frage „Stimmen Sie zu, dass die Bürgerenergie eine entscheidende Rolle für die Energiewende spielt?“ mit Ja. Anschließend betont sie: „Auch für Bürgerenergieprojekte gilt im Übrigen, dass der Ausbau im Interesse einer Verringerung der Kostenbelastung von Verbraucher/innen [...] möglichst effizient und marktbasiert erfolgen muss, und dass eine schnelle und umfassende Marktintegration der erneuerbaren Energien erforderlich ist.“ Dass in diesem Markt die erneuerbaren Energien jedoch gegen Konkurrenten antreten müssen, die kostenlos Klima, Umwelt und Gesundheit schädigen dürfen und obendrein staatlich subventioniert werden, schreibt die CDU/CSU nicht.

Ebenso hält es die FDP. Sie schreibt: „Lokale Zusammenschlüsse von Bürgern, die Ihre Stromversorgung als Investoren und Unternehmer (mit allen Chancen und Risiken eines energieversorgenden Unternehmens) in die eigene Hand nehmen wollen, sind ein interessanter Ansatz und verdienen unseren Respekt.“ Schon davor stellt sie allerdings klar: „Wir Freien Demokraten setzen uns für marktwirtschaftlichen, technologieneutralen Strommarkt und damit für einen diskriminierungsfreien Zugang aller Teilnehmer ein.“ Dabei vergisst die FDP, dass die Energiewende gerade nicht technologieneutral ist.

Die ÖDP, die Freien Wähler und die Piraten beziehen sich jeweils positiv auf die Rolle der Bürgerenergie. Die ÖDP schreibt: „Der starke Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien [...] überwiegend durch Investitionen aus Bürgerhand [...] liegt [...] in der Natur der Sache, da Wind und Sonne überall vorhanden ist und damit dezentral von Bürgern und Bürgergemeinschaften geerntet werden“ kann. Die ÖDP empfindet es zudem als wünschenswert, dass dies so bleibt. Auch die Freien Wähler zeigen ihre Affinität zur Bürgerenergie: „Hemmnisse für Bürgerprojekte im EEG müssen beseitigt, die Möglichkeiten für Mieterstromprojekte ausgeweitet werden. Projekte wie die großen HGÜ-Leitungen von Nord nach Süd, die zentralistische Strukturen zementieren, müssen beendet werden. Stattdessen wollen wir Energiespeicher fördern.“ Etwas zurückhaltender äußern sich die Piraten. Sie fordern erst einen Masterplan Energiewende: „Erst solche Rahmendaten ermöglichen eine Abschätzung des Anteils der Bürgerenergie an der Energiewende und die Festlegung fairer Rahmenbedingungen für die Bürgerenergie.“

Wir lesen in den Antworten der meisten Parteien und zwischen den Zeilen vor allem die Gefahr, dass die Stromnetze zu dem zentralen Macht- und Einflussfaktor werden sollen. Die Politik verkennt aber, wo investiert werden müsste: in lokale Verteilnetze! Sie - nicht die Übertragungsnetze - müssen fit gemacht werden für eine dezentrale und digitale Energiewende, in der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften die wesentlichen Akteure sind.

In einer Umfrage des Instituts Kantar Emnid gaben 71 Prozent der Befragten an, die Veränderung des Weltklimas bereite ihnen persönlich besonders große Sorgen. Das Bündnis Bürgerenergie fordert daher auf, der bürgergetragenen Energiewende im Wahlkampf eine deutlich größere Rolle zukommen zu lassen. Dafür kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger einsetzen: [Hol den Bürgerenergiepolitiker.](#)